



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Großherzog Friedrich von Baden in Versailles. 4

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

4



it der Unterzeichnung der Verträge und ihrer Vorlage an den Reichstag des Norddeutschen Bundes waren die politischen Kämpfe um Deutschlands Einigung im wesentlichen beendet. Die Möglichkeit blieb ja nicht ausgeschlossen, daß sie im Norddeutschen Reichstage und im bayrischen Landtage noch zu Schwierigkeiten führen konnten, aber was an der Entscheidung noch fehlte, durfte getrost der Schwerkraft der nationalen Entwicklung überlassen bleiben. Wesentlich mit aus diesem Grunde hatte der Bundeskanzler darauf gehalten, daß aus der Verfassungsfrage alles ausgeschieden würde, was die Schwierigkeiten zu vermehren irgend geeignet war. Dahin gehörte die Oberhausfrage, die hier noch einmal flüchtig berührt werden möge. Schon bei der Verfassungsvorlage von 1866 hatten sich gerade die Fürsten, die für die Führung Deutschlands durch Preußen eintraten und zu Opfern bereit waren, für die Oberhausfrage erwärmt. Als sich jetzt die Gelegenheit zu bieten schien, das damals nichterreichte nachzuholen, traten diese Wünsche an den Bundeskanzler in Denkschriften und Anträgen heran. Am ausführlichsten ist wohl, mit einem genau detaillierten Vorschlage, eine oldenburgische Denkschrift, deren genauere Prüfung aber auch heute noch von der Unausführbarkeit überzeugen muß. Der Grundgedanke, durch ein Oberhaus ein Gegengewicht gegen das allgemeine Stimmrecht zu schaffen, den fürstlichen Häusern und den Einzelstaaten einen größern Einfluß zu sichern, war an sich nicht von der Hand zu weisen, aber man geriet damit auf ein Gebiet doktrinärer Erwägung. Der Kronprinz wollte „einen freisinnigen Ausbau der Bundesverfassung“, die doch durch ihr Einkammersystem mit dem allgemeinen Stimmrecht wohl ziemlich die demokratischste in Europa ist, zugleich aber wollte er durch ein Oberhaus die Wirkungen des allgemeinen Stimmrechts, also des freisinnigsten Grundzuges dieser Verfassung, abgeschwächt wissen. Bismarck ist damals wohl mit Recht der Meinung gewesen, daß ein Oberhaus, wie es sich diese fürstlichen Herren in Gestalt der alten Reichstage dachten, nicht nur mit den neuen Institutionen unvereinbar sein werde, sondern überdies sehr leicht ein Mittelpunkt für Intriguen und Erschwerungen aller Art werden könnte, die dem Ausbau des Reiches wenig förderlich wären. Worauf es in der weiteren Entwicklung der Reichsverfassung zunächst ankam, war dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber nicht die Verstärkung des einzelstaatlichen Einflusses als eines

künftigen dissentierenden Elements, sondern die Festigung der monarchischen Gewalt, der kaiserlichen Macht. König Wilhelm hat, das ist zwar bestritten worden, ist aber dennoch authentisch, in dem Kaisertitel ursprünglich nur „den Charaktermajor“ gesehen, das heißt eine Form ohne Inhalt, unter Verringerung der preussischen Königsmacht. Nicht die Kaiserwürde an sich war es, der er widerstrebt, sondern die geringe Machtfülle, die ihm die Verfassung zu bieten schien. Er glaubte, nach so glorreichen Erfolgen als König von Preußen stark und mächtig genug zu sein, sich und seinen Staat an der Spitze Deutschlands zu behaupten, und war deshalb wenig geneigt, eine Minderung von königlicher Macht gegen äußere Formen einzutauschen. Er hielt von jeher mehr auf das Wesen der Dinge als auf ihren Schein. Bismarck dagegen und ebenso der Großherzog von Baden waren überzeugt, daß in dem kaiserlichen Titel, allerdings je nach der Persönlichkeit seines Trägers, eine außerordentliche Entwicklungsfähigkeit enthalten sei, und daß gerade König Wilhelm bei seinen Herrschereigenschaften und bei der allgemeinen großen Verehrung, die Deutschland ihm zollte, wie kein anderer Fürst berufen sein würde, diesem Kaisertitel Inhalt und Gepräge zu geben.

Es ist ein nicht genug zu preisendes Glück in der Geschichte jener großen Zeit, daß der Staatsmann, der berufen war, die Geschichte Deutschlands zu formen und der neuen Verfassung ihr höchstes Kleinod einzufügen, in diesen letzten Anschauungen durchweg mit dem Fürsten einverstanden war, der diesen Ausgang seit langen Jahren im Herzen trug und, opferbereit wie kein zweiter, für seine Verwirklichung unausgesetzt tätig gewesen ist. Gewiß waren eine Zeit lang die Wege des süddeutschen Fürsten und des preussischen Ministers weit auseinandergegangen, auseinandergegangen deshalb, weil der Großherzog die Verwirklichung des Reichsgedankens durch ein liberales, Deutschland moralisch eroberndes Preußen wünschte, während Bismarck die Bedingung der Führung Deutschlands durch Preußen in einem starken preussischen Königtum sah, dessen Machtfülle nicht durch parlamentarische Majoritäten beeinträchtigt werden durfte, weil deren Parteizwecke nur geeignet waren, den preussischen Staat von seinen großen Zielen abzulenken. Nach 1866 sind beide Männer aber wohl schließlich doch in dem Gedanken übereinstimmend gewesen, daß die Vollendung der deutschen Einheit das Werk einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich sein werde. Der Großherzog arbeitete unablässig darauf hin, daß Baden im gegebenen Augenblick seinem Anteil an dieser Aufgabe gewachsen sein möge. Deshalb wünschte er sein Land in das Gefüge des Nordbundes einzugliedern. Er wollte der Isolierung und der Zwangslage von 1866 nicht zum zweitenmal ausgesetzt sein. Bismarck dagegen erachtete es für das Gebot einer weisen Politik, Frankreich nicht vorzeitig den Anlaß zu einem Kriege zu geben, namentlich nicht, bevor die Militärverfassung des Nordbundes ihre Früchte zeitigen könne, aber er hielt zugleich darauf, sich das Gesetz der bewaffneten Entscheidung nicht von Frankreich vorschreiben zu lassen. Deshalb konnte und

wollte er im Juli 1870 vor einer französischen Drohung nicht zurückweichen, sondern hielt daran fest, daß sobald Frankreich herausfordernd mit dem Kriege drohe, Deutschland ihn führen müsse. Vom Tage des Kriegsausbruchs an waren daher neben den militärischen Zielen auch die politischen fest ins Auge gefaßt worden, wenngleich es dem Kanzler auch da noch als ein Gebot der Klugheit erschien, zunächst durchgreifende militärische Entscheidungen abzuwarten, bevor er sich den nationalen Zielen öffentlich zuwandte. In Konsequenz dieses Gedankens wollte er die Reichsoberhauptfrage nicht von Preußen aus, sondern möglichst von dem größten süddeutschen Staat angeregt wissen, sowohl um den Anschein nicht aufkommen zu lassen, als ob der Krieg nur im Interesse der Erhöhung Preußens geführt worden sei, als auch um dem künftigen Reichsoberhaupt, das doch nicht „das Präsidium“ bleiben konnte, die breiteste Grundlage der Popularität und des unbedingten freiwilligen Einverständnisses aller deutschen Fürsten zu sichern. Deshalb wünschte er in dieser Frage eine fürstliche Initiative Bayerns, die Preußen nicht nehmen konnte, und für die er nicht einmal direkte Hinweise geben mochte. Der Großherzog wiederum sah es als sein Recht und seine Pflicht an, selber eine Initiative zu ergreifen, die er bei Bayern nur schwer vorauszusetzen vermochte, aber sein Eintreten für die Herstellung der Kaiserwürde ist dennoch auch in München nicht ohne Erfolg und für die Entschließungen des Königs Ludwig wesentlich mitbestimmend gewesen.

Aus der Geschichte der Versailler Verhandlungen wissen wir, daß die bayrischen Unterhändler von Anfang an damit rechneten, das Anerbieten der Kaiserwürde als einen Preis für bayrische Vorzugsrechte zu verwerten. Bei der Abreise von München waren sie aber doch wohl nicht vorbereitet gewesen, in Versailles und im gesamten Feldlager einer so ausgesprochenen „Kaiser“-stimmung zu begegnen. Sie trat dem Grafen Bray auch in der ersten Unterredung mit Bismarck entgegen. Schon am Tage nach seiner Ankunft in Versailles konnte er über seine erste Unterredung mit dem Bundeskanzler nach München berichten: „Aus Graf Bismarcks Äußerungen geht deutlich hervor, daß die Absicht, dem neuen Bunde den Namen Reich, dessen Präsidenten den Namen Kaiser zu geben, hier mit entschiedner Vorliebe behandelt wird.“ Bray schließt daraus sowie aus dem weiteren Hinweise Bismarcks auf eine wünschenswerte Initiative der Fürsten, an ihrer Spitze der König von Bayern, daß Preußen vieles konzedieren werde, wenn ihm in diesem Punkte entsprochen werde. Hier liege der Schwerpunkt der Situation, und damit sei der Preis bezeichnet, um den Konzessionen reellerer Art erlangt werden könnten. Graf Bray darf somit das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, Kaiser und Reich zum Gegenstande des Handelns und Bietens für bayrische Vorzugsrechte gemacht zu haben. Über die Bereitwilligkeit Preußens, berechtigten bayrischen Wünschen entgegenzukommen, wird er ja ohnehin nicht im Zweifel gewesen sein. Aber das Verhalten der bayrischen Bevollmächtigten war anfänglich ein solches, daß Bismarck und Delbrück, wie wir gesehen haben, es vorzogen, zunächst die

Verhandlungen mit den andern süddeutschen Staaten zum Abschluß zu bringen, und daß der Kronprinz den wackern General von Hartmann, Kommandierenden des zweiten bayrischen Armeekorps vor Paris, veranlaßte, die Minister zu sich einzuladen, „um ihnen den Kopf zurechtzusetzen“. Graf Bray und der Kriegsminister von Brandt mögen sich dort allerdings überzeugt haben, daß die Stimmung der bayrischen Truppen „gut kaiserlich“ war, wie sich das schon am 19. September auf der genommenen Höhe von Clamart, bei der Zernierung von Paris, bekundet hatte. Auch Prinz Luitpold von Bayern, der jetzige Regent, scheint sich frühzeitig darüber klar gewesen zu sein, daß der Krone Bayern die Anregung zur Kaiserwürde zu geben zukomme. Wie Reudell in seinem Buche „Fürst und Fürstin Bismarck“ berichtet (S. 463), besuchte der Adjutant des Prinzen, Hauptmann Graf Berchem (später bis 1890 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt des Reiches), ihn am 13. Oktober und legte ihm vertraulich die Frage vor: „ob es nach meiner Auffassung der Lage opportun sein würde, wenn eine Anregung dazu käme, daß das Bundespräsidium den Schmuck der Kaiserkrone erhielte? Ich erwiderte, der Kanzler habe sich über eine solche Möglichkeit meines Wissens nie geäußert, doch sei ich fest überzeugt, daß eine bezügliche Anregung ihm höchst willkommen sein würde. Der Chef billigte die von mir gegebene Antwort.“

Bergegenwärtige man sich den Zeitpunkt: vom Tage vor dieser Frage datiert Bismarcks Schreiben nach Karlsruhe und seine Antwort an den Herzog von Koburg, vom Tage nachher seine telegraphische Einladung nach München, infolge deren die bayrischen Unterhändler am 20. abreisten. Es ist deshalb wohl mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß Prinz Luitpold spätestens am 14. Oktober dem König eine entsprechende Mitteilung über die eingezogene Erkundigung gemacht haben wird, vielleicht lag auch der Frage schon eine Weisung des Königs zugrunde. Die bayrischen Minister konnten mithin schon bei ihrer Abreise von München als Gewißheit annehmen, daß die Kaiserfrage nahe daran war, in ein Stadium amtlicher Behandlung zu treten; als sie in Versailles eintrafen, konnten sie sich alsbald überzeugen, daß sie dieses Stadium schon erreicht hatte.

Großherzog Friedrich hatte inzwischen diese ihm so am Herzen liegende Angelegenheit ununterbrochen im Auge behalten. Ein Brief des Kronprinzen vom 15. Oktober an die Großherzogin sprach sich in dieser Beziehung zum erstenmale hoffnungsvoll aus. Er sehe seit einigen Tagen die Dinge als in guter Bahn fahrend an und habe gegründete Ursache anzunehmen (drei Tage nach Bismarcks Brief an den Herzog von Koburg), daß der Bund in Versailles erst mit Abgesandten, dann mit den Fürsten selbst geschlossen werde, dem Kaiser und Reich „auch noch hier“ unmittelbar folgen müssen. „Bismarck will die endliche Einigung Deutschlands; soweit man überhaupt für seine Ansichten aufkommen kann, zweifle ich nicht an seiner Aufrichtigkeit hierin. Ebenso will er die Kaiserfrage regeln, mithin sind unsrerseits keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten, um so mehr als

ich Papa kürzlich auf die unabweisliche Kaiserfrage angerebet habe, ihm klar machte, daß dieselbe nicht mehr zu umgehen oder abzuweisen sei, aber der preussischen Krone dadurch keineswegs zu nahe getreten würde, vielmehr ähnlich wie in Oesterreich Kronen nebeneinander bestehn könnten. Bismarck hat auch bereits hier seinen Vortrag gehalten, und wäre denn soweit das Eisen geschmiedet. Ich tue mein möglichstes, um die Augen offen zu halten, und werde nichts unterlassen, um endlich diese große Frage hier auf französischem Boden zu Ende zu führen.“ Der Herzog von Koburg hat in spätern Jahren zu Gustav Freitag geäußert, daß niemand, auch der Kronprinz nicht, eine rechte Ahnung gehabt habe, wie die Sache (die Wiederherstellung des Kaisertums) anzufangen und ins Werk zu richten sei. Man sei der Meinung gewesen, die sich ja nachträglich als falsch herausgestellt habe, daß der König schwer für die Neuerung zu gewinnen sein würde, und daß auch der Bundeskanzler seine im Jahre 1866 gehegte Ansicht noch kaum geändert haben dürfte.

Die badischen Minister waren bekanntlich am 20. Oktober nach Versailles abgereist. Am 24. richtete der Großherzog auf Grund des obigen kronprinzlichen Briefes ein längeres Schreiben dorthin an Solly, worin er ihn ersuchte, ihn recht bald zu benachrichtigen, was Bismarck in betreff der vom Großherzog angeregten Frage der Schaffung von Kaiser und Reich gesagt habe. Die baldige Lösung der Frage sei dringend, denn mit dem Eintritt wahrer Friedenshoffnungen würden sich alle opferwilligen Gesinnungen in berechnende umwandeln. Besonders sei das in Bayern zu erwarten. Der Großherzog führte dann auf Grund einer vertraulichen Korrespondenz aus München weiter aus, es werde vielfach von ihm gewünscht, den König von Bayern zum Vortritt in der Kaiserfrage zu bewegen. Er sei dazu bereit, nur müsse dem Könige kein Zweifel bleiben, daß wenn der Vortritt von ihm nicht genommen werde, die Proklamierung von den übrigen Fürsten erfolgen solle. Selbstverständlich werde er diese wichtige Frage gern mit Unterstützung Bismarcks betreiben, aber auch ohne solche sei er fest entschlossen, die Kaiserfrage, die er als *conditio sine qua non* eines vernünftigen Zustandes in Deutschland betrachte, bei den andern Herren Kollegen zur Anregung zu bringen. In diesem Sinne habe er einen Brief an den König von Bayern entworfen und werde, falls er keine Nachricht erhalte, ihn in einiger Zeit abgehn lassen.

Solly fand den Bundeskanzler sehr bereit, auf den Vorschlag des Großherzogs einzugehn. Bismarck sprach sich bei dieser Gelegenheit mit Entschiedenheit für die Kaiseridee aus und erklärte ein persönliches Schreiben des Großherzogs an den König für zeitlich richtig, es möge in der Form einer Anfrage gehalten sein, ob König Ludwig für die von andern Fürsten beabsichtigte Erneuerung der Kaiserwürde die Initiative ergreifen wolle. Das Ergebnis der mancherlei Erwägungen und Sondierungen, die in Folge dieser Mitteilungen stattfanden, war dann die schon berichtete Entsendung des Staatsrats Gelzer mit einem eigenhändigen Schreiben des Großherzogs an den König. Es war darin

mit den wärmsten Worten und mit aller Anerkennung der Stellung des Königs unter den Fürsten Deutschlands darauf hingewiesen, daß er berufen sei, an ihre Spitze zu treten, um den König von Preußen zur Annahme der deutschen Kaiserkrone aufzufordern, wenn, wie zu erwarten sei, das Reich durch den Zutritt der Südstaaten zum Nordbunde gebildet sein werde. Staatsrat Gelzer habe den Auftrag, die Gedanken des Großherzogs über die wichtige Frage offen und vertrauensvoll, wenn es der König gestatte, vorzutragen. Der König, der sich beim Eintreffen Gelzers in München am 15. November in Hohen Schwangau befand, dankte dem Großherzog eigenhändig, ließ aber Gelzer mitteilen, er wolle ihn nicht an sein entferntes Hoflager bemühen, sondern sandte am 18. November seinen Rabinettsekretär Eisenhart zu einer Rücksprache nach München.

Eisenhart sprach sich bei dieser Unterredung dahin aus, daß sich der König als konstitutioneller Monarch in einer so wichtigen Angelegenheit erst mit seinen Ministern besprechen müsse, deren Rückkehr aus Versailles er nun erwarte. Die sämtlichen Minister würden eine Voreingenommenheit gegen die Kaiserwürde nicht haben, wohl aber bestünden solche bei andern Mitgliedern des Königshauses, die darin eine Beschränkung der bayrischen Souveränität sähen, sowie bei einer starken Partei im Lande. Zu einer Reise des Königs nach Versailles sei sehr wenig Aussicht, es wäre deshalb in Erwägung zu ziehen, ob falls sich der König zu dieser Initiative entschliesse, er den Antrag nicht auch schriftlich oder durch Vertretung stellen könne. Die Unterredung endete damit, daß Gelzer darauf hinwies, wie die Kaiseridee unter allen Umständen der Durchführung sicher bleibe, da sich die andern Fürsten auf die Dauer nicht zurückhalten lassen würden, sie zu beantragen. Wie schon mitgeteilt worden ist, richtete Gelzer dann noch eine Denkschrift über die Kaiserfrage an den König, für die dieser ihm unter dem 11. Dezember zustimmend dankte, als der „Kaiserbrief“ in Versailles schon übergeben war. Der König hatte sich nämlich inzwischen kurzerhand entschlossen, seinen Oberstallmeister Grafen Holnstein nach Versailles zu entsenden, um vom Großherzog und von Bismarck zu erfahren, wie denn die Sache praktisch eingeleitet werden solle. Er telegraphierte dem Grafen Bray, dem Bundeskanzler zu sagen, daß Graf Holnstein binnen drei Tagen in Versailles eintreffen werde. Graf Holnstein legte die Reise mit tunlichster Beschleunigung, zum Teil auf der Lokomotive, zurück und motivierte in Versailles seine Sendung äußerlich damit, daß er den Auftrag habe, sich die Einrichtungen dort anzusehen für den Fall, daß der König erscheine. Bei dem Großherzog erkundigte er sich in bezug auf das Kaisertum, ob die Anregung auch brieflich erfolgen könne, was der Großherzog bejahte, wobei er sich zugleich erbot, das weitere bei den Bundesfürsten in die Wege zu leiten. Auch über die Form des Briefes, den der König schreiben mußte, wünschte sich Graf Holnstein zu unterrichten, da der König geneigt zu sein scheine, die Kaiserfrage nicht durch das Ministerium, sondern als eine persönliche Angelegenheit der Bundesfürsten zu behandeln. Der Großherzog wies hiermit den Grafen Holnstein an den Bundeskanzler.

Am Sonntag, dem 27. November Mittags kam Bismarck zum Großherzog, um sich mit ihm über die Mission Holnstein zu besprechen. Lorenz berichtet a. a. D. S. 420: „Bei einer Zigarre war der Kanzler gesprächiger und aufgeräumter als seit lange.“ Der Großherzog referierte über sein Schreiben an den König und über Selzers Berichte, Bismarck äußerte sich sehr befriedigt über das, was geschehen war. Da Graf Holnstein eine Vorlage wünsche, wie der König zu schreiben habe, sei es am besten, ihm ein Formular als Anhaltspunkt für den König mitzugeben, damit dieser seinen Antrag danach gestalte. Das werde am besten durch einen Brief des Königs Ludwig an Seine Majestät den König Wilhelm geschehen. Er habe dem Grafen Holnstein schon gesagt, der Antrag könne brieflich, ja sogar telegraphisch gestellt werden. Nur sei wünschenswert, daß es recht bald geschehe, damit die Sache noch diesem Reichstage vorgelegt werden könne. Der weitere Verlauf ist bekannt. Nach einer Aufzeichnung der Frau von Kobell äußerte Graf Holnstein zum Kanzler: „Wissens was, Excellenz, Schreibens gleich selbst einen Brief auf, so wie er sein soll, sonst gibts hintennach doch wieder Anstand.“ Bismarck entwarf das Konzept zu dem historisch denkwürdigen Briefe des Königs Ludwig an König Wilhelm und fügte außerdem noch ein persönliches Schreiben*) an den König hinzu. Mit beiden reiste Graf Holnstein in größter Eile noch am Abend desselben Tages (27. November) nach Hohen schwangau ab, der König empfing ihn nach seinem Eintreffen am 30. November sofort, schrieb den Brief ab, und am 2. Dezember war Graf Holnstein wieder in Versailles. Prinz Luitpold konnte am folgenden Tage dem König Wilhelm das Schreiben überreichen. Der König las den Brief und bemerkte darauf zum Prinzen Luitpold, der Antrag überrasche ihn sehr, vom König von Bayern habe er ihn am wenigsten erwartet, da ja die Verhandlungen erwiesen hätten, wie schwer der König und seine Regierung sich entschlossen, in den neuen deutschen Bund einzutreten. Er wolle den Brief demnächst beantworten und den Antrag des Königs annehmen, sobald er von allen deutschen Fürsten gemeinschaftlich gestellt sein werde. Er hoffe, daß daraus ein festes Band der deutschen Einigung erwachse, dies sei um so nötiger, als man ja wisse, daß doch nur Baden mit vollem Entgegenkommen das Einigungswerk ermöglichen wolle. Mit freundlichen und anerkennenden Worten für die Person des Königs schloß die Audienz.

Es war der Geburtstag der Großherzogin. Am Abend nach der königlichen Tafel verabredete Bismarck mit dem Großherzog, daß dieser nun sogleich die Zustimmung der Bundesfürsten einholen möge. König Ludwig hatte jedoch zugleich an sämtliche deutsche Fürsten ein längeres Zirkularschreiben richten lassen, das sich durch einen warmen und schwungvollen Ton auszeichnet, während das von Bismarck entworfne Schreiben an König Wilhelm nicht anders als knapp und geschäftsmäßig sein konnte. Dieses Zirkularschreiben beantworteten die in

*) Ist im Jahre 1898 veröffentlicht worden.

Versailles anwesenden deutschen Fürsten nach eingeholtem Einverständnis des Bundeskanzlers mit folgendem, am 4. Dezember an den König gerichteten Telegramm:

Die in Versailles anwesenden unter den verbündeten regierenden deutschen Fürsten haben mit Genugthuung Kenntnis erhalten von der Erklärung, welche Eurer Majestät bezüglich der Herstellung des Deutschen Reichs und seiner Kaiserwürde an Seine Majestät den König von Preußen gerichtet haben. Sie entspricht ihren eignen Wünschen und politischen Überzeugungen, deren Ausdruck sie zurückgehalten haben, um der Initiative Eurer Majestät nicht vorzugreifen.

Ich bin in der Lage, im Namen und Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar, Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha wie in meinem eignen Namen das herzlichste Einverständnis und den vollen Anschluß an den von Eurer Majestät getanenenen Schritt auszusprechen, und ich wähle hierzu unter Zustimmung unsrer genannten Bundesgenossen den telegraphischen Weg, weil die Kürze der Zeit bis zum 1. Januar, an welchem die mit Süddeutschland abgeschlossenen Verträge ins Leben treten sollen, die Beschleunigung notwendig macht.

Friedrich
Großherzog von Baden.

Ein neuer wichtiger Abschnitt in der Geschichte der deutschen Entwicklung war erreicht, die Siegesfrucht, die Deutschland aus dem opferreichen Kriege heimbringen würde, in ihren Umrißen deutlich erkennbar: Kaiser und Reich, Elsaß und Lothringen als Reichslande. Großherzog Friedrich hatte auch an den Großherzog von Mecklenburg telegraphiert, der als Heerführer mit dem Prinzen Friedrich Karl an der Loire stand, ebenso an den sich dort bei seinem 32. Regiment befindenden Herzog von Meiningen. Sie antworteten umgehend mit freudiger Zustimmung. Die Könige von Sachsen und Württemberg meldeten, daß sie ihr Einverständnis nach München ausgesprochen hätten; innerhalb einer Woche waren alle Beitrittserklärungen eingelaufen.

Die Annahme wäre nun wohl berechtigt gewesen, daß es jetzt nur noch einer letzten Formalität bedurft hätte, die Kaiserfrage zum Abschluß zu bringen: der feierlichen Überreichung der Zustimmung aller deutschen Fürsten von seiten des Königs von Bayern und der Annahmeerklärung seitens des Königs Wilhelm durch einen feierlichen Akt. Aber sogar bei verhältnismäßig einfachen Dingen liebt es die Weltgeschichte, ihre eignen Wege zu gehn. Noch dauerte es sechs meist recht sorgenvolle Wochen, bevor sich das große Ereignis vollziehen, die Kaiserverkündigung stattfinden konnte.

